

LTWP-13-131 13. Lebendige Kultur – Vielfältige Medienlandschaft

Antragsteller*in: Tabea Rößner (KV Mainz), Karl-E. Hain (KV Westerwald)

Text

Von Zeile 131 bis 151:

~~Demokratie braucht Medienvielfalt~~

~~Rheinland-Pfalz ist das Land der Bürgermedien und offenen Kanäle. Bürger*innen gestalten die bunte und regionale Medienlandschaft aktiv mit. Vielfalt findet sich in den Programminhalten und unter den Medienschaffenden. Die Barrierefreiheit ist im öffentlich-rechtlichen sowie im privaten Rundfunk eine Selbstverständlichkeit. Online wie offline steht den Bürger*innen ein vielfältiges Medienangebot zur Verfügung. Das ist die Medienpolitik, die wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz vertreten.~~

~~Wir GRÜNE unterstützen die Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten der Länder. Beim SWR wollen wir den Bildungs- und Kulturauftrag stärken und die Barrierefreiheit ausbauen. Unsere Ziele sind 100 Prozent Untertitel im Fernsehen, mehr Audiodeskription und mehr Gebärdensprache. Ebenso wollen wir eine stärkere ökologische, nachhaltige Gestaltung der Medienangebote. Durch die fortschreitende Digitalisierung können Bürger*innen von überall und zu jeder Zeit auf die vielfältigen Angebote in den Mediatheken zugreifen. Hier muss der Rundfunk mithalten.~~

~~Zur Sicherung der Meinungsvielfalt im privaten Fernsehen wollen wir GRÜNE an den Drittsendezeiten festhalten. Wir möchten das digitale Ehrenamt stärken und unterstützen deswegen die offenen Kanäle im Land. Netzinhalte wirken auf die Meinungsbildung. Deswegen sollen für rundfunkähnliche Medien und Plattformen ähnliche Regeln gelten wie für den konventionellen Rundfunk.~~

Medienpolitik ist Demokratiepolitik

Demokratie lebt von Meinungsvielfalt und einem offenen Prozess der Meinungsbildung. Faktenbasierte Information, Wahrhaftigkeit und wechselseitige Achtung sind Grundbedingungen eines demokratischen Diskurses. Wir bekennen uns zu dem Auftrag an die Politik, den Rahmen dafür zu gestalten.

In Zeiten von Desinformation, Verschwörungstheorien und Hass im Netz sind insbesondere seriöse Medien mit hohen journalistischen Standards unerlässlich für den Meinungsbildungsprozess. Nicht zuletzt die Coronakrise hat gezeigt, welche Bedeutung die Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender für eine verlässliche Information der Bürgerinnen und Bürger haben. Wir wollen die Erfüllung des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender unter Stärkung des Informations-, Bildungs- und Kulturauftrags sicherstellen, dazu gehört auch eine angemessene Finanzierung. Zugleich wollen wir die in digitalen Zeiten notwendige Reform des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender und ihrer Struktur endlich effektiv vorantreiben. Den Anstalten muss mehr Spielraum im Digitalen eröffnet werden, gleichzeitig gehört die Vielzahl bisheriger Angebote auf den Prüfstand.

Die digitale Revolution hat die Möglichkeiten zur Meinungsverbreitung erheblich erweitert, zugleich aber die nach journalistischen Standards arbeitenden Medien unter Druck gebracht. Da auch diese einen wesentlichen Beitrag zum demokratischen Diskurs leisten, wird zu prüfen sein, ob und inwieweit diese Medien unterstützt werden sollten. Im Bereich der privaten Medien muss das bislang rundfunkzentrierte System zur Kontrolle von Meinungsmacht, das den Entwicklungen hinterherhinkt, dringend reformiert werden. Insbesondere im Hinblick auf private Fernsehvollprogramme sind wir für die Beibehaltung der regionalen Fenster, wie sie im Medienstaatsvertrag geregelt sind.

Auch Bürger*innen gestalten die bunte und regionale Medienlandschaft mit. Daher leisten auch die Bürgermedien und offenen Kanäle einen wertvollen Beitrag zur Medienvielfalt. Wir wollen das digitale Ehrenamt stärken und die Arbeit der Bürgermedien auch in Zukunft sicherstellen.

Plattformen, die im Internet Informationen zur Verfügung stellen (Intermediäre), sind bedeutende und mächtige Akteure in der digitalen Welt. Einerseits tragen sie wesentlich zur Verteilung von Inhalten und Meinungen bei, andererseits bieten sie den Raum für die Verbreitung von Hass, Lügen und verdeckter politischer Manipulation. Die Medienpolitik muss diese Gefahren dauerhaft und effektiv bekämpfen, ohne die Meinungs- und Informationsfreiheit unangemessen zu beschränken. Die Aufsicht bei der effektiven Durchsetzung der Regulierung muss weiter gestärkt werden.

Begründung

Dieser Änderungsantrag ist zusammenhängend als Globalalternative zum Unterkapitel "Demokratie braucht Medienvielfalt" zu sehen (nur der letzte Absatz zum Jugendmedienschutz bleibt unverändert).

Diese alternative Formulierung befasst sich mit allen Medienarten, greift aktuelle medienpolitische Diskussionen auf und zeigt die jeweiligen Regulierungsanforderungen. Medienpolitik liegt in der Zuständigkeit der Länder, Rheinland-Pfalz ist Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder, und da sollten wir unseren grünen Gestaltungsanspruch auch deutlich zum Ausdruck bringen.

Schon bei der Überschrift sollten wir zeigen, aus welcher Warte wir Medienpolitik gestalten: Medienpolitik als zentrales Politikfeld für die Stärkung unserer Demokratie. Wir haben die Ansätze der ursprünglichen Formulierungen im Programmentwurf einfließen lassen, einige Aspekte ausführlicher beleuchtet (zB zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Intermediäre), einige wenige Punkte (Drittsendezeiten), die bereits im neuen Medienstaatsvertrag geregelt sind, weggelassen, andere (regionale Fenster) explizit aufgenommen.

Barrierefreiheit muss für alle Medien gelten, daher ist der Aspekt hier als eigener Absatz nach der Betrachtung aller Medienarten extra aufgeführt, um Barrierefreiheit auch das notwendige Gewicht zu geben.